

Redebeitrag International solidarische Entwicklung statt Sanktionen und Wirtschaftskrieg

Liebe Hamburgerinnen, liebe Hamburger,

der notwendige Wandel hin zu einer sozial gerechten und solidarischen Entwicklung der Gesellschaft hierzulande lässt sich nur durchsetzen, wenn es zugleich gelingt, eine grundlegende Umorientierung in der bundesdeutschen Außenpolitik durchzusetzen.

Die massiven Preissteigerungen, die wir derzeit erleben, gefährden die materielle Existenzgrundlage von Millionen von Menschen. Sie gefährden in ebenso existenzieller Weise zahllose kleine und mittelständische Unternehmen, die öffentliche Infrastruktur und das demokratische Gemeinwesen insgesamt. Sie sind das unmittelbare Ergebnis einer Außenpolitik, die mit dem Faktum einer multipolaren, hochglobalisierten Weltwirtschaft im 21. Jahrhundert in befremdlicher Weise auf Kriegsfuß zu stehen scheint.

Gemäß den zahllosen, seit Beginn des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine unüberhörbaren Verlautbarungen der regierungsamtlichen „Würdenträger“ in Bundesregierung, EU und NATO hat diese Politik zum obersten Ziel erhoben, die globale Vormachtstellung der westlichen Wertegemeinschaft um jeden Preis zu verteidigen.

Wie bereits 1997 von US-Sicherheitsberater Zbigniew Brzezinski ausgearbeitet und von Donald Trump als US-Präsident vorgemacht, wird dabei auf eine provokative Doppelstrategie gegenüber den ausgemachten Hauptkontrahenten dieser Vormachtstellung gesetzt: wirtschaftspolitische Isolation, flankiert von militärischer Konfrontation.

Die im Zusammenhang mit dem Ukraine-Krieg verhängten Sanktionen gegenüber Russland lagen als Pläne bereit, lange bevor russische Soldaten völkerrechtswidrig die ukrainischen Grenzen überschritten. Am 7. Februar erklärte US-Präsident Biden während eines Besuches von Olaf Scholz in Washington öffentlich gegenüber Journalisten, man werde „Nord Stream 2“ mit allen Mitteln stoppen. Und auf die Nachfrage, wie das bewerkstelligt werden solle, verlaublich er vielsagend: „Ich verspreche Ihnen, wir werden dazu in der Lage sein.“

Dass die Sanktionen mit einer moralisch gerechtfertigten oder gar den Frieden erzwingen sollenden Antwort auf die Kriegsverbrechen Russlands nichts zu tun haben, sondern schlicht einer imperialen Geostrategie entspringen, wird schon an einem simplen Umstand deutlich: die nicht minder autokratischen Regimes in der Türkei und in Saudi-Arabien, die seit Jahren Kriegsverbrechen in völkerrechtswidrigen Angriffskriegen begehen, werden von westlicher Seite nicht mit Sanktionen belegt sondern stattdessen auch noch mit Waffenlieferungen belohnt. Ihre Kriegsverbrechen unterscheiden sich offenkundig von den russischen einfach dadurch, dass sie in die genannte Geostrategie passen.

Darüber hinaus sind die verhängten Sanktionen selbst völkerrechtswidrig. Für ihre Legitimität wäre erforderlich, dass eine Mehrheit in der UN-Generalversammlung oder in der Welthandelsorganisation WTO sie beschließt. Das ist bis heute nicht geschehen und die meisten in diesen Foren vertretenen Staaten der Welt haben sehr gut nachvollziehbare Gründe dafür vorgebracht, warum sie nicht gewillt sind, sich für die geopolitischen Interessen des Westens einspannen zu lassen.

Dieser weltpolitische Tatbestand ist auch der Grund dafür, dass die Sanktionen ihren behaupteten Zweck vollständig verfehlen und in allererster Linie ihren Schaden in den Bevölkerungen der Länder anrichten, die sie verhängen.

Worin besteht nun dieser Schaden?

Auf die rein geopolitisch motivierte Zahlungseinstellung Deutschlands folgte die vertragsrechtlich logische Einstellung der Gaslieferungen von russischer Seite. Das verknappte Marktangebot ließ die Preise für Strom, Gas und Lebensmittel explodieren. Die Bundesregierung kaufte – ganz nach wertegemeinschaftlicher Manier – den europäischen Partnern das verbliebene, überteuerte Restgas von den Spotmärkten vor der Nase weg, um die eigenen Speicher aufzufüllen und die hiesigen Monopolkonzerne konnten ihre durch Deregulierung in den letzten Jahrzehnten geschaffene, marktbeherrschende Stellung wunderbar nutzen, um nicht nur die gestiegenen Preise direkt an die Verbraucher weiterzugeben, sondern durch willkürliche, zusätzliche Preisaufschläge auch noch horrende Extragewinne einzufahren. Dazu kommt, dass für die Milliarden-Rüstungs- und Entlastungspakete, die diesen Unfug fortsetzbar machen sollen, auch noch die Staatskassen geplündert werden und der Abbau öffentlicher Infrastruktur damit massiv forciert wird. Von all den so verschleppten gesellschaftlichen Herausforderungen wie der Bewältigung des Klimawandels und den dringend erforderlichen Investitionen in das soziale Gemeinwesen ganz zu schweigen.

Die Sanktionspolitik ist also faktisch eine außenpolitisch völlig nutzlose, sozioökonomisch katastrophale und rechtlich vollkommen unhaltbare Mehrfach-Enteignung der Bevölkerung zugunsten der Chefetagen der DAX-Konzerne und einer geopolitisch fixen Idee, die an nihilistischer Irrationalität kaum zu überbieten ist.

Kurt Tucholsky notierte bereits 1931 satirisch zur sogenannten „Nationalökonomie“: „Was die Weltwirtschaft angeht, so ist sie verflochten.“ Die selbst erwählten Feinde, für deren Niederringung wir zu Blut, Schweiß und Tränen aufgerufen sein sollen, sind nicht Liechtenstein und Monaco, sondern Russland und China - das größte Land der Erde, das über die größten Vorkommen an Erdgas und andere für die globale Produktion unentbehrliche Rohstoffe verfügt, und das bevölkerungsreichste Land der Erde, das wirtschaftlich längst zur einstigen Hegemonialmacht USA aufgeschlossen hat. Sie lassen sich wirtschaftlich schlicht nicht ruinieren, ohne dabei gleichzeitig die gesamte Weltwirtschaft zu ruinieren, genauso wenig, wie sie als Atommächte militärisch zu besiegen sind.

Diese Tatsachen der weltgeschichtlichen Entwicklung lassen sich nicht rückgängig machen – auch nicht dadurch, dass man die gewählten Repräsentanten dieser Länder immer wieder mit Hitler gleichsetzt und damit den deutschen Faschismus in einer Weise verharmlost, wie es eingefleischte Neonazis kaum wirkungsvoller tun könnten.

Diese Tatsachen verdeutlichen vielmehr, worin die real existierende, notwendige Alternative zu den geopolitischen Irrwegen unserer hiesigen gewählten Repräsentanten besteht:

Eine neue, multipolare Weltfriedensordnung, die auf sozialer, kultureller und wirtschaftlicher Kooperation zwischen allseits gleichberechtigten Partnern beruht, die sich dazu verpflichtet sehen, im gemeinschaftlichen Ringen den immensen, geschaffenen Reichtum der Menschheit produktiv zu machen zur Lösung der grundlegenden zivilisatorischen Herausforderungen – das ist das Gebot der Stunde.

Man stelle sich nur einmal vor, wie die Welt gestaltet sein könnte, wenn die globale Menschheit zu diesen Zwecken bewusst, planvoll, demokratisch und grenzenüberschreitend zusammenwirkte. Diese notwendige Möglichkeit zu verwirklichen, ist unser Aller gemeinsame Angelegenheit. Sie in internationaler Solidarität wahrzunehmen, eint uns mit zahllosen engagiert streitenden Menschen weltweit.

Die globale Konkurrenz der nationalen Standorte und ihrer Blockverbände dient ausschließlich den wenigen, ohnehin schon Superreichen dieser Welt. Sie hindert die Menschheit an ihrer gemeinsamen, produktiven Entfaltung. Deswegen sind die Sanktionen gegen Russland – wie auch gegen alle anderen Staaten – sofort zu beenden!

Wir haben es in der Hand, menschenwürdige Lebensbedingungen im globalen Maßstab zu schaffen.

Was aber ist dafür nun zu tun?

Ich war 12 Jahre alt, als die NATO mit deutscher Beteiligung ihren brutalen, völkerrechtswidrigen Angriffskrieg gegen die damalige BR Jugoslawien begann. 38000 Luftangriffe ließ sie damals vornehmlich auf die zivile und wirtschaftliche Infrastruktur des ehemals sozialistischen Landes fliegen. Eines der damaligen Fernsehbilder werde ich mein Leben lang nicht vergessen: inmitten des Bombenhagels zogen Tausende Serbinnen und Serben mit aufgemalten Zielscheiben, die sie hoch über ihren Köpfen trugen – gut sichtbar für die Tiefflieger der NATO – zu den Brücken und Fabriken des Landes und protestierten als menschliche Schutzschilde mit ihrem Leben gegen die Zerstörung dessen, was sie zurecht als ihr Eigentum begriffen.

Dieses Bewusstsein gilt es heute neu zu schaffen: die Quellen des gesellschaftlichen Reichtums, die öffentliche Infrastruktur und die natürlichen Ressourcen sind unser gemeinschaftliches Eigentum. Wir sind dafür verantwortlich, dass sie zur Mehrung des allgemeinen Wohls und zur Gestaltung einer menschenwürdigen Welt gebraucht werden.

Bleibt zu guter Letzt noch die Frage zu beantworten: Wofür also kämpfen wir, wenn wir fordern, dass die unsägliche Sanktionspolitik zu beenden ist?

Dazu möchte ich Wolfgang Borchert sprechen lassen, der 1947 schrieb:

„Und alle Lokomotiven fahren nach der neuen Stadt. Und die neue Stadt, das ist die Stadt, in der die weisen Männer, die Lehrer und die Minister, nicht lügen, in der die Dichter sich von nichts anderem verführen lassen, als von der Vernunft ihres Herzens, das ist die Stadt, in der die Mütter nicht sterben und die Mädchen keine Syphilis haben, die Stadt, in der es keine Werkstätten für Prothesen und keine Rollstühle gibt, das ist die Stadt, in der der Regen Regen genannt wird und die Sonne Sonne, die Stadt, in der es keine Keller gibt, in denen blaßgesichtige Kinder nachts von Ratten angefressen werden, und in der es keine Dachböden gibt, in denen sich die Väter erhängen, weil die Frauen kein Brot auf den Tisch stellen können, das ist die Stadt, in der die Jünglinge nicht blind und nicht einarmig sind und in der es keine Generäle gibt. Das ist die neue, die großartige Stadt, in der sich alle hören und sehn und in der alle verstehn: mon coeur, the night, your heart, the day, der Tag, die Nacht, das Herz.“

Wolfgang Borchert, „Im Mai, im Mai schrie der Kuckuck“, 1947.